

## Unterstützen die Bürger\*innen die Einführung von Quoten und anderen Gleichstellungsmaßnahmen in Deutschland?

Hilde Coffé<sup>1</sup>/Marion Reiser<sup>2</sup>

### 1. Einleitung

Aktuell finden in Deutschland vielfältige Debatten über Quoten und andere Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils unterrepräsentierter Gruppen in den Parlamenten statt: Die Landtage Brandenburgs und Thüringens verabschiedeten nach kontroversen Diskussionen im Jahr 2019 Paritätsgesetze, nach denen die Parteilisten für Landtagswahlen paritätisch besetzt sein müssen (vgl. Geppert 2019; rbb 2020). Nach Klagen, u.a. der AfD, erklärten jedoch im Juli 2020 der Thüringer Verfassungsgerichtshof und im Oktober 2020 das Brandenburger Landesverfassungsgericht die gesetzlichen Quoten für verfassungswidrig, da sie u.a. das Recht auf Freiheit und Gleichheit der Wahl sowie das Recht der politischen Parteien auf Chancengleichheit und Organisationsfreiheit beeinträchtigen (Vates 2020; VerfGH Thüringen 2/20; VfzBbg 9/19 und VfzBbg 55/19).

Der Deutsche Bundestag beschloss im Oktober 2020 im Rahmen der Wahlrechtsreform, eine Reformkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern im Bundestag einzusetzen – eine Reaktion auch auf den Rückgang des Frauenanteils nach der Bundestagswahl 2017 auf 30,9%. Innerparteiliche Debatten finden aktuell u.a. in der CDU statt, die auf ihrem nächsten Parteitag über die Einführung einer verbindlichen Frauenquote (Geis/Hildebrandt 2020) entscheiden will. Bündnis 90/Die Grünen will ebenfalls auf ihrem nächsten Parteitag über ein ‚Statut für eine vielfältige Partei‘ abstimmen, um gesellschaftliche Gruppen besser zu repräsentieren (Riese 2020).

Quoten und andere Gleichstellungsmaßnahmen sind jedoch kein neues Phänomen, sondern wurden in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Ländern eingeführt. Auch in Deutschland haben ausgehend von den Grünen die SPD, die LINKE und die CDU Genderquoten für die innerparteiliche Kandidatenaufstellung eingeführt, während CSU, FDP und AfD bisher keine Quoten anwenden (Davidson-Schmich 2016; Lang

2018; Reiser 2014). Maßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund gibt es hingegen in Deutschland bisher nicht (Deiss-Helbig 2019), obwohl ihr Anteil von aktuell 8% der Abgeordneten im Bundestag deutlich unterhalb ihres Anteils von 23% in der Bevölkerung liegt (Mediendienst Integration 2017).

Ob Quoten eine geeignete Maßnahme sind, ist wissenschaftlich (u.a. Mansbridge 1999, Phillips 1995) wie gesellschaftlich umstritten. Die Debatten sind meist zutiefst normativ geprägt, da Quoten die politische Gleichheit und Repräsentation beeinflussen und eine Verschiebung von „equality of result“ zu „equality of opportunity“ implizieren. Kritiker\*innen führen an, dass durch Quoten ein offener Wettbewerb verhindert und das Leistungsprinzip ausgehebelt würde. Befürworter\*innen von Quoten argumentieren hingegen, dass dadurch bestehende Ungleichheiten beseitigt und eine verbesserte Repräsentation bestimmter sozialer Gruppen in den Parlamenten erreicht werden könne (vgl. Bacchi 2006; Krook et al. 2009). Dabei werden anlehnend an Pitkin (1967) Auswirkungen auf drei Dimensionen der Repräsentation diskutiert: auf die deskriptive Repräsentation, also auf die sozio-demographische Zusammensetzung der Parlamente; auf die substantielle Dimension, die sich auf die Durchsetzung der Interessen und Präferenzen der jeweiligen sozialen Gruppe bezieht, und auf die symbolische Repräsentation, die auf einer ideellen Ebene verortet ist (u.a. Vorbilder, Gerechtigkeitsvorstellungen) (vgl. auch Mansbridge 1999; Phillips 1995; Bolzendahl/Coffé 2020).

Quoten sind unterschiedlich ausgestaltet: Gesetzliche Quoten sind in der Verfassung bzw. dem Wahlrecht geregelt und entsprechend für alle Parteien verbindlich. Parteiquoten hingegen werden von den Parteien freiwillig eingeführt. Diese Form dominiert in Deutschland wie auch in anderen westlichen Demokratien (Reiser 2014). Neben Quoten, die als ‚fast track to equal representation‘ (Dahlerup/Freidenvall 2005: 26) gelten, gibt es weitere positive Maßnahmen, wie die Förderung des politischen Engagements der entsprechenden Personen. Diese setzen nicht bei den innerparteilichen Selektionskriterien der Kandidatenaufstellung an, sondern auf der Angebotsseite der innerparteilichen Bewerber\*innen (Norris/Lovenduski 1993). Da daher langsamere Effekte auf die Repräsentation zu erwarten sind, sind dies Maßnahmen des ‚incremental track‘ (Dahlerup/Freidenvall 2005: 26).

Erstaunlicherweise werden in den aktuell geführten Debatten um Quoten und weitere Gleichstellungsmaßnahmen in Deutschland bisher die Einstellungen der Bürger\*innen zu diesen Maßnahmen kaum

<sup>1</sup> Prof. Dr. Hilde Coffé ist Professorin für Politikwissenschaft im Department of Politics, Languages and International Studies an der University of Bath.

<sup>2</sup> Prof. Dr. Marion Reiser ist Inhaberin des Lehrstuhls für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

beachtet. Deren Akzeptanz und Unterstützung ist jedoch von großer Bedeutung für die Legitimität und Effektivität dieser Maßnahmen (Clayton 2015). Zudem kann sich eine Ablehnung der Quoten nachteilig auf die Legitimation der Abgeordneten auswirken (Morgenroth/Ryan 2018; Barnes/Córdova 2016).

Daher lauten die beiden zentralen Fragestellungen des vorliegenden Beitrags: Unterstützen die Bürger\*innen positive Maßnahmen zur Erhöhung der deskriptiven Repräsentation von Frauen und Personen mit Migrationshintergrund? Und welche Dimension der Repräsentation (deskriptiv, substantiell und symbolisch) wird für die Unterstützung der Maßnahmen als besonders wichtig erachtet?

Die Analyse basiert auf den Befragungen im Rahmen der GLES Langfrist-Online-Trackings. Dabei wurden die Befragten zu ihren Einstellungen zu positiven Maßnahmen (gesetzliche Quoten, Parteiquoten, Förderung des Engagements) für Frauen (GLES 2017a) und für Personen mit Migrationshintergrund (GLES 2017b) befragt. Zudem wurde erfasst, welche Dimension der Repräsentation – deskriptiv, substantiell oder symbolisch – für die Unterstützer\*innen dieser positiven Maßnahmen am wichtigsten ist. Neben der deskriptiven Auswertung basieren die Ergebnisse zu Unterschieden und Effekten auf multivariaten logistischen Analysen.

## 2. Unterstützung von Maßnahmen zur Erhöhung der deskriptiven Repräsentation

Die Analyse zeigt deutlich, dass die Mehrheit der Befragten positive Maßnahmen zur Erhöhung der deskriptiven Repräsentation im Parlament ablehnt (vgl. Tabelle 1). Dabei ist die Ablehnung von Maßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund besonders hoch: 83% der Befragten sehen keine Notwendigkeit von Maßnahmen bzw. sogar keine Notwendigkeit für einen höheren Anteil dieser Personengruppe im Parlament. Auch wenn die Ablehnung von Maßnahmen für die Gruppe der Frauen mit 58% signifikant geringer ist, spricht sich dennoch weniger als die Hälfte der Befragten für positive Maßnahmen aus.

**Tabelle 1: Unterstützung von Maßnahmen zur Erhöhung der deskriptiven Repräsentation im Bundestag**

	Frauen	Personen mit Migrationshintergrund
<b>Unterstützung von Maßnahmen</b>	<b>42,2%</b>	<b>17,0%</b>
Gesetzliche Quoten	7,8%	1,0%
Freiwillige Parteiquoten	15,2%	3,7%
Förderungen des politischen Engagements	19,2%	12,3%
<b>Ablehnung von Maßnahmen</b>	<b>57,8%</b>	<b>83,0%</b>
Keine Notwendigkeit eines höheren Anteils	20,1%	29,4%
Keine Notwendigkeit von Maßnahmen	37,7%	53,6%
N	920	908

Quelle: Eigene Auswertung auf Basis von GLES 2017a, b.

Dabei ist insbesondere der sehr geringe Anteil an Befürworter\*innen für die Einführung gesetzlicher Quoten auffällig: Nur knapp acht Prozent der Befragten sprechen sich für Paritätsgesetze aus und sogar nur ein Prozent für gesetzliche Quoten für Personen mit Migrationshintergrund. Als gering ist zudem die Unterstützung von freiwilligen Parteiquoten zu bezeichnen: Während mehr als die Hälfte der im Bundestag vertretenen Parteien z.T. bereits seit den 1980er Jahren Genderquoten anwenden, werden diese dennoch lediglich von 15,2% der Befragten befürwortet; der Anteil der Unterstützer\*innen von Parteiquoten für Personen mit Migrationshintergrund ist mit 3,5% noch signifikant niedriger. Die Förderung des politischen Engagements findet mit 19,2% bzw. 12,3% ebenfalls nur bei einer Minderheit Unterstützung.

Im Ausmaß der Unterstützung zeigen sich erstens signifikante Differenzen nach der Zugehörigkeit zur sozialen Gruppe. So unterstützen Frauen mehrheitlich (53,4%) und signifikant häufiger als Männer (31,4%) Maßnahmen zur Erhöhung der deskriptiven Repräsentation von Frauen. Dieser Effekt, der sich auch in anderen Studien zeigte (u.a. Barnes/Córdova 2016; Beauregard 2018), wird v.a. auf die Gruppenidentität, Eigeninteresse und die zugrundeliegenden Einstellungen zurückgeführt. Dies bestätigt sich jedoch nicht bei Maßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund, da der Anteil an Unterstützer\*innen innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund mit 16,9% fast identisch ist mit dem Anteil innerhalb der Gruppe von Personen ohne Migrationshintergrund (17,2%). Hingegen unterstützen Frauen nicht nur signifikant häufiger die Einführung von Maßnahmen für ihre eigene Gruppe, sondern auch für Personen mit Migrationshintergrund. Ein ähnliches Muster zeigte sich in einer Untersuchung der Einstellungen von Bundestagskandidaten (Coffé/Reiser 2018), sodass es lohnenswert erscheint, die Ursachen für diese Gruppenunterschiede genauer zu untersuchen.

**Tabelle 2: Unterstützung von Maßnahmen zur Erhöhung der deskriptiven Repräsentation von Frauen und Personen mit Migrationshintergrund nach Parteiidentifikation**

	CDU	CSU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Die Linke	AfD	Ohne bzw. andere PI
<b>Maßnahmen für Frauen</b>								
<b>Unterstützung von Maßnahmen</b>	<b>35,0%</b>	<b>34,2%</b>	<b>43,8%</b>	<b>30,8%</b>	<b>59,7%</b>	<b>47,3%</b>	<b>34,3%</b>	<b>41,9%</b>
Gesetzliche Quoten	4,6%	4,8%	6,3%	6,8%	10,5%	16,1%	18,7%	6,6%
Freiwillige Parteiquoten	14,4%	13,1%	18,3%	4,5%	17,6%	10,8%	4,4%	16,1%
Förderungen des politischen Engagements	16,0%	16,3%	19,2%	19,5%	31,6%	20,4%	11,2%	19,2%
<b>Ablehnung von Maßnahmen</b>	<b>64,9%</b>	<b>65,8%</b>	<b>56,3%</b>	<b>69,3%</b>	<b>40,3%</b>	<b>52,9%</b>	<b>65,7%</b>	<b>58,1%</b>
Keine Notwendigkeit eines höheren Anteils	22,0%	30,3%	17,7%	31,2%	8,0%	19,3%	32,7%	22,8%
Keine Notwendigkeit von Maßnahmen	42,9%	35,5%	38,6%	38,1%	32,3%	33,6%	33,0%	35,3%
N	217	61	222	35	102	67	43	130
<b>Maßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund</b>								
<b>Unterstützung von Maßnahmen</b>	<b>14,3%</b>	<b>3,0%</b>	<b>24,7%</b>	<b>12,2%</b>	<b>33,8%</b>	<b>18,0%</b>	<b>1,8%</b>	<b>9,9%</b>
Gesetzliche Quoten	0,7	0,0	1,4	0,0	1,8	1,1	1,8	0,6
Freiwillige Parteiquoten	4,4	1,0	4,3	0,0	7,2	6,2	0,0	2,2
Förderungen des politischen Engagements	9,2	2,0	19,0	12,2	24,8	10,7	0,0	7,1
<b>Ablehnung von Maßnahmen</b>	<b>85,7%</b>	<b>97,0%</b>	<b>75,3%</b>	<b>87,8%</b>	<b>66,2%</b>	<b>82,0%</b>	<b>98,2%</b>	<b>90,1%</b>
Keine Notwendigkeit eines höheren Anteils	25,4	37,6	21,0	26,2	18,3	30,2	73,7	37,8
Keine Notwendigkeit von Maßnahmen	60,3	59,4	54,3	61,6	47,9	51,9	24,5	52,3
N	191	64	256	37	82	66	43	140

Quelle: Eigene Auswertung auf Basis von GLES 2017a, b.

Zweitens bestehen deutliche Unterschiede je nach der Parteiidentifikation der Befragten (vgl. Tabelle 2). Grünen-Anhänger\*innen unterstützen im Vergleich zu allen anderen Befragten signifikant häufiger positive Maßnahmen für beide Gruppen: Sie sprechen sich mit knapp 60% mehrheitlich für Maßnahmen zur Erhöhung der deskriptiven Repräsentation von Frauen aus; ein Drittel befürwortet Maßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund. Obwohl die Grünen 1987 als erste Partei in Deutschland eine Frauenquote einführten und sich in ihren Statuten und Programmen zentral für die Chancengleichheit einsetzen, unterstützt dennoch nur eine Minderheit der Befragten mit einer Grünen-Parteiidentifikation Quoten für beide Gruppen (28% bzw. 9%). Neben den Grünen-Anhänger\*innen haben die Befragten mit einer Linken- und SPD-Parteiidentifikation ebenfalls überdurchschnittlich hohe Unterstützungswerte für Maßnahmen für beide Gruppen.

Die geringste Unterstützung für Quoten äußern die FDP-Anhänger\*innen. Dies entspricht auch der Position der FDP, die sich regelmäßig gegen die Einführung von Quoten ausspricht, da diese gegen den freien Wettbewerb und die Chancengleichheit verstoßen würden (FDP 2019). Die Unterstützung von Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils liegt bei den Parteianhänger\*innen von CDU, CSU und AfD mit je-

weils ca. 35% auf einem ähnlichen Niveau. Überraschend ist dabei, dass sich die AfD-Anhänger\*innen mit knapp 19% am häufigsten für gesetzliche Quoten aussprechen, obwohl sich die Partei in ihren Programmen strikt gegen Gender Mainstreaming und Quoten ausspricht (AfD 2016; Reiser 2018). Weitere Studien müssten klären, ob dieses Ergebnis ggf. an der kleinen Fallzahl an AfD-Anhänger\*innen in der Stichprobe liegt.

Hinsichtlich der Maßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund ist die sehr geringe Unterstützung durch CSU- und AfD-Anhänger\*innen von 97% bzw. 98% auffällig. Allerdings unterscheidet sich die Begründung der Ablehnung: Die CSU-Anhänger\*innen sehen – wie auch die Parteianhänger\*innen der weiteren Parteien – überwiegend keine Notwendigkeit für Maßnahmen, da der Anstieg der deskriptiven Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund auch ohne positive Maßnahmen erfolgen würde. Hingegen geben fast drei Viertel der Befragten mit AfD-Parteiidentifikation an, dass sie die Erhöhung des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund im Parlament als nicht erstrebenswert ansehen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich hier die migrationsfeindlichen Einstellungen der AfD-Anhängerschaft widerspiegeln (vgl. Bieber et al. 2018). Insgesamt bestätigt sich das be-

kannte Muster, wonach linke Parteien eher Quoten unterstützen als konservative und liberale Parteien (vgl. Krook et al. 2009).

### 3. Gründe für Unterstützung von Maßnahmen

Die Befragten nennen als wichtigsten Grund für eine Befürwortung von Gleichstellungsmaßnahmen die deskriptive Dimension der Repräsentation (vgl. Tabelle 3). So äußern 54% für die Gruppe der Frauen und 41% für Personen mit Migrationshintergrund, dass die jeweilige Gruppe „in einer Demokratie genauso stark vertreten sein sollte wie in der Gesellschaft“. Dies verweist darauf, dass die sozio-demographische Zusammensetzung des Parlaments – wer sie also vertritt – für einen hohen Anteil der Bürger\*innen relevant ist. Am zweithäufigsten äußern sie, dass sie sich für Maßnahmen zur Erhöhung der jeweiligen Gruppe einsetzen, weil „sie die Interessen und Bedürfnisse der Frauen bzw. Personen mit Migrationshintergrund besser repräsentieren können“. Insofern sieht ca. ein Drittel der Befürworter\*innen von Maßnahmen einen positiven Effekt der deskriptiven auf die substantielle Repräsentation. Dies ist interessant, da dieser Zusammenhang in der Wissenschaft intensiv diskutiert wird und in Deutschland aufgrund der starken Stellung der Parteien kein starker Einfluss festgestellt wird (vgl. Brunsbach 2011). Am seltensten nennen die Befragten die symbolische Dimension der Repräsentation als Grund für ihre positive Einstellung zu Gleichstellungsmaßnahmen. Dennoch äußern ein Fünftel (für die Gruppe der Frauen) bzw. ein Viertel (für die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund) der Befürworter\*innen, dass Abgeordnete „wichtige Vorbilder für die Gesellschaft sind“. Insgesamt zeigt sich diese Rangordnung von deskriptiver, substantieller und symbolischer Repräsentation nicht nur für beide Gruppen, sondern auch für alle drei Formen von positiven Maßnahmen (gesetzliche Quote, freiwillige Parteiquote, Förderung des Engagements).

**Tabelle 3: Dimensionen der Repräsentation: Wichtigster Grund für die Unterstützung von Maßnahmen (in Prozent)**

	Frauen	Personen mit Migrationshintergrund
Deskriptive Repräsentation	53,6	40,8
Substantielle Repräsentation	29,7	34,7
Symbolische Repräsentation	16,7	24,5
N	320	142

Quelle: Eigene Auswertung auf Basis von GLES 2017a, b.

Diese Frage wurden nur jenen Befragten gestellt, die eine der drei Maßnahmen (gesetzliche Quote, freiwillige Parteiquote, Förderung des Engagements) unterstützen.

### 4. Fazit

Insgesamt zeigt die Analyse nur eine geringe Unterstützung für Quoten in der Bevölkerung, wobei insbesondere die Einführung von gesetzlichen Quoten kaum Rückhalt bei den Befragten hat. Dabei werden Genderquoten signifikant häufiger befürwortet als Quoten für Personen mit Migrationshintergrund. Dennoch ist ein Anteil von knapp einem Viertel der Befragten, die Genderquoten unterstützen, als gering zu bewerten. So werden diese selbst von den Anhänger\*innen jener Parteien, die z.T. bereits seit den 1980er Jahren Parteiquoten anwenden (Bündnis 90/Die Grünen, SPD und die LINKE), überwiegend abgelehnt. Zukünftige Studien sollten daher genauer untersuchen, wie die Anwendung von Gleichstellungsmaßnahmen und ihre Unterstützung in der Bevölkerung zusammenhängen, und welche Faktoren die hohe Ablehnung von Gleichstellungsmaßnahmen in der Bevölkerung erklären.

In der Tendenz entsprechen diese Ergebnisse jenen aus anderen Ländern, die z.T. ebenfalls lediglich eine niedrige Unterstützung für Quoten feststellen (u.a. Barnes/Córdova 2016; Bolzendahl/Coffé 2020). Ebenso bestätigen sich bisherige Erkenntnisse, dass Frauen und Anhänger\*innen linker Parteien signifikant häufiger positive Maßnahmen unterstützen, was auf Gruppenidentität, Gleichheitsvorstellungen und die Einstellungen zur Rolle des Staates in Gesellschaft und Wirtschaft zurückgeführt wird (u.a. Beaugregard 2018; Krook et al. 2009).

Auf Basis dieser Ergebnisse erscheint es bedeutsam, die Perspektiven und Einstellungen der Bürger\*innen stärker in die aktuellen gesellschaftlichen wie innerparteilichen Debatten um die Einführung bzw. Reformen von Quoten einzubeziehen. So zeigen Erfahrungen aus anderen Ländern, dass die Bereitstellung von Fakten und Argumenten sowie eine öffentliche Debatte über diese Maßnahmen wichtig sind (u.a. Barnes/Córdova 2016). Dies gilt umso mehr als die Akzeptanz und Unterstützung der Maßnahmen durch die Bürger\*innen zentral für die Legitimität der Maßnahmen selbst sowie für die Legitimität der auf dieser Basis ins Parlament gewählten Abgeordneten ist.

### Literatur

AfD (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzzprogramm der Alternative für Deutschland. Online-Ressource: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/> [12.10.2020].

- Bacchi, Carol (2006): Arguing For and Against Quotas: Theoretical Issues. In Dahlerup, Drude (Hrsg.): *Women, Quotas and Politics*. New York, 32-51.
- Barnes, Tiffany D./Córdova, Abby (2016): Making Space for Women: Explaining Citizen Support for Legislative Gender Quotas in Latin America. In: *Journal of Politics* 78(3): 670-686.
- Beauregard, Katrine (2018): Partisanship and the Gender Gaps: Support for Gender Quotas in Australia. In: *Australian Journal of Political Science* 53(3): 290-319.
- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp (2018): Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einereuroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative? In: *Politische Vierteljahresschrift* 59:433-461.
- Bolzendahl, Catherine/Coffé, Hilde (2020): Public Support for Increasing Women and Māori MPs in New Zealand. In: *Politics and Gender* 16(3): 681-710.
- Bündnis 90/Die Grünen (2020): Zusammenhalt in Vielfalt: Ergebnisse der AG Vielfalt. Online-Ressource: <https://www.gruene.de/artikel/zusammenhalt-in-vielfalt-ergebnisse-der-ag-vielfalt> [16.10.2020].
- Clayton, Amanda (2015): Women's Political Engagement under Quota-Mandated Female Representation: Evidence from a Randomized Policy Experiment. In: *Comparative Political Studies* 48(3): 333-369.
- Coffé, Hilde/Reiser, Marion (2018): Political Candidates' Attitudes Towards Group Representation. In: *Journal of Legislative Studies* 24(3): 272-297.
- Dahlerup, Drude/Freidenvall, Lenita (2005): Quotas as a "Fast Track" to Equal Representation for Women: Why Scandinavia is No Longer the Model. In: *International Feminist Journal of Politics* 7(1): 26-48.
- Davidson-Schmich, Louise K. (2016): *Gender Quotas and Democratic Participation. Recruiting Candidates for Elective Offices in Germany*. Ann Arbor.
- Deiss-Helbig, Elisa (2019): "Within the secret garden of politics" Candidate selection and the representation of immigrant-origin citizens in Germany. Dissertation. Universität Stuttgart.
- FDP (2019): Eine Partei für die offene Gesellschaft. Beschluss auf dem 70. Ordentlichen Bundesparteitag. Online Resource: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/05/06/2019-04-28-bpt-eine-partei-fuer-die-offene-gesellschaft-vielfaeltig-innovativ-und-engagiert.pdf> [10.10.2020].
- Geis, Matthias/Hildebrandt, Tina (2020): Hier fehlen Frauen. In: *Die ZEIT* 2020 vom 16.07.2020. Online-Ressource: <https://www.zeit.de/2020/30/cdu-frauen-quote-maennerpartei-angela-merkel> [24.08.2020].
- GLES (2017a): Langfrist-Online-Tracking T34. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5734 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.12731>.
- GLES (2017b). Langfrist-Online-Tracking, T35. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6815 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.12795>.
- Krook, Mona Lena/Lovenduski, Joni/Squires, Judith (2009): Gender Quotas and Models of Political Citizenship. In: *British Journal of Political Science* 39(4): 781-803.
- Lang, Sabine (2018): Quota Contagion in Germany: Diffusion, Derailment, and the Quest for Parity Democracy. In: Lépinard, Éléonore/Rubio-Marín, Ruth (Hrsg.): *Transforming Gender Citizenship*: Cambridge University Press, 279-307.
- Mansbridge, Jane (1999) Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? In: *Journal of Politics* 61(3): 628-657.
- Mediendienst Integration 2017: Abgeordnete mit Migrationshintergrund. Online-Ressource: <https://mediendienst-integration.de/artikel/abgeordnete-mit-migrationshintergrund.html> [8.9.2020].
- Morgenroth, Thekla/Ryan, Michelle K. (2018): Quotas and Affirmative Action: Understanding Group-Based Outcomes and Attitudes. In: *Social and Personality Psychology Compass* 12(3). Doi: 10.1111/spc3.12374.
- Norris, Pippa/Lovenduski, Joni (1993): "If Only More Candidates Came Forward": Supply-Side Explanations of Candidate Selection in Britain. In: *British Journal of Political Science* 23: 373-408.
- Phillips, Anne (1995): *The Politics of Presence*, Oxford.
- Pitkin, Hanna F. (1967): *The Concept of Representation*, Berkeley.
- RBB (2020): Verfassungsgericht will im Oktober über Paritätsgesetz entscheiden. Online Ressource: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/08/paritaetsgesetz-brandenburg-landesverfassungsgericht-verhandlung.html> [24.08.2020].
- Reiser, Marion (2018): Contagion Effects by the AfD? Candidate Selection in Germany. In: Coller, Xavier/Codero, Guillermo/Jaime-Castillo, Antonio M. (Hrsg.): *The Selection of Politicians in Times of Crisis*. London, 81-97.

Reiser, Marion (2014): The Universe of Group Representation in Germany: Analyzing Formal and Informal Party Rules and Quotas in the Process of Candidate Selection. In: *International Political Science Review*, 35(1): 56-66.

Riese, Dinah (2020): Mehr Diversity bei den Grünen: Grüne wollen sich vervielfältigen. In: *taz* 2020, 29.06.2020. Online-Ressource: <https://taz.de/Mehr-Diversity-bei-den-Gruenen/!5693151/> [24.8.2020].

Vates, Daniela (2020): Richter stoppen Thüringer Paritätsgesetz - und ernten einigen Widerspruch. In: Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 15.07.2020. Online-Ressource: <https://www.rnd.de/politik/thuringen-richter-stoppen-paritatsgesetz-und-ernten-widerspruch-AY2K43XYUFFBNCBHY425RE4SZ4.html> [24.8.2020].